

I. Anmeldung -TISCHVORLAGE - dringlich -



TOP:

7a.0

Stadtrat

Sitzungsdatum 28.09.2016

öffentlich

Betreff:

Kommunale Daseinsvorsorge schützen - CETA ablehnen

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 16.09.2016

Anlagen:

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 16.09.2016

Sachverhaltsdarstellung: Beschlussfassung des Deutschen Städtetags vom 21.09.2016 zum Freihandelsabkommen CETA im Rahmen der 410. Sitzung des Präsidiums in Bremen samt Anlage (Gemeinsames Positionspapier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (11.06.2015) und Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen (05.09.2016))
Beschlussvorschlag

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Zur Thematik des Freihandelsabkommens CETA in Bezug auf die kommunale Daseinsvorsorge wird auf die beigefügten Ausführungen des Deutschen Städtetags vom 21.09.2016 verwiesen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt,
ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)
- ☐ Ja
- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
- ☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☒ Nein
- ☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Es handelt sich um die möglichen Auswirkungen eines geplanten Freihandelsabkommens.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- ☐
- ☐
- ☐

II. Herrn OBM

K.g. 22. SEP. 2016 OBM *May*

III. Ref.II

Nürnberg, 22.09.2016
Finanzreferat




(2276)